

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rente: Stadthaus Dresden, Straßte Döbmitz Nr. 606
Postfach-Rente: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dröge, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung, Außereuropäer, Was alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Zeitungspreis beträgt frei im Haus monatlich M. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Anzahl d. Lose. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Preßthal. Bei unvert. eingelangt. Manuskripten ist Rücksicht beizubehalten. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8 gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldspennigen berechnet. Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 50 Goldspennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattonsprache schriftl. b. verpfl. Zahlung, Rüge od. Konture b. Auftraggeber.

189

Sonnabend, den 15. August

1925

Briands Verzögerungstaktik

Die Absendung der Antwortnote wird hinausgeschoben

Die Ueberreichung der Antwortnote Briands wird nach den letzten in Berlin eingetroffenen Nachrichten eine Verzögerung von einigen Tagen erleiden. Das Schriftstück dürfte schwerlich vor Ende nächster Woche in Berlin ein treffen. Der Reichskanzler und der Außenminister haben daher gestern Abend Berlin verlassen. Dr. Luther ist nach Bay auf, Dr. Stresemann nach Nordsee gefahren. Nach dem Eintreffen der Note dürften beide nach Berlin zurückkehren.

Eine Zusammenkunft zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain in Genf wird nicht stattfinden.

Briand wünscht eine solche unter seinen Umständen, weil er will, daß zunächst die in London ungelösten Punkte auf diplomatischem Wege gelöst werden, und möglicherweise galt die gezielte Verzögerung des französischen Botschafters de Fleurian mit Chamberlain dieser Auffklärungsarbeit. Vorgeschlagen wird im „Journal“.

daß Deutschland selbst kein Interesse daran haben könnte, nach Genf während der bevorstehenden Völkerbundtagung Vertreter zu entsenden, weil es nur vor der Tür stehen müßte.

Außerdem aber würden die Völkerbundsarbeiten selbst behindert werden, weil sich alles Interesse in Genf auf die Anwesenheit der Deutschen konzentrierte.

Vor allem aber könne jetzt von einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund noch keine Rede sein.

weil, wie der „Gaulois“ schreibt, zunächst einmal von Frankreich darauf gedrungen werden wird, daß die Abrüstungsfrage für Deutschland endgültig erledigt werde. Würden noch in diesem Jahr von Deutschland alle Abrüstungsbedingungen durchgeführt werden, so könnte man eine außerordentliche Versammlung des Völkerbundes einberufen und sich bei dieser Gelegenheit über die Aufnahme Deutschlands schlüssig werden. Denn

der Answeg, Deutschland im September provisorisch und im Dezember endgültig anzunehmen, wird in Paris nicht für gangbar angesehen.

Aber auch eine Konferenz über die Paktfrage scheint nicht unmittelbar bevorzugen, und alle Angaben über Ort und Zeit sind wenigstens verflüchtigt, denn hier hat Briand anscheinend noch einige Widerstände bei sich selbst zu überwinden. Der Gedanke, mit deutschen Vertretern an einem Konferenztag zu sitzen, widerstrebt ihm anscheinend noch sehr, doch möchte er, daß zunächst das Einvernehmen mit England noch fester gestaltet werde, als dies in London der Fall gewesen wäre, und insbesondere möchte er, daß über die Hauptpunkte, über die in London nur beiläufig oder gar nicht geredet wurde, die Anschauungen deutscher zum Ausdruck kämen. Es muß nur aufpassen, daß über die Schiedsgerichtsverträge, die Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abschließen soll, in den Blätterberichtigungen fast gar nicht gesprochen wird. Man hat den Eindruck, daß Briand diese Angelegenheit in London nicht so eingehend erörtern konnte, wie er selbst gewünscht hätte, oder daß er keinen Standpunkt in keiner Weise durchlegen konnte.

Juristische Sachverständigenkonferenz in London?

„Daily News“ zufolge verlautet, daß die amtlichen Kreise in London mit dem Ergebnis der Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand zufrieden seien. Wenn die Aufnahme der französischen Antwort in Berlin den Erwartungen entspreche, so sei es mehr als wahrscheinlich, daß eine vernünftige Erörterung des Paktes zwischen den juristischen Ratgebern aller in Betracht kommenden Parteien einschließlich Deutschlands gegen Ende des Monats in London stattfinden werde.

Ein deutsch-französischer Grenzvertrag

Die Grenze von 1870

Der am 13. d. M. parafierte Vertrag über die Festlegung der deutsch-französischen Grenze ist gestern nachmittag in Paris von dem deutschen Botschafter Dr. v. Hösch und dem Legationsrat Freiherrn v. Grünau sowie vom Direktor der wirtschaftlichen und politischen Abteilung im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Laroche unterzeichnet worden.

Der Vertrag legt das Ergebnis der von den Grenzkommissionen vorgenommenen Vermessungs- und Gemarkungsarbeiten fest und sieht zur Verichtigung von Grenzzwischenfällen genaue Vorschriften vor.

Abgesehen vom Ausstausche einiger Gebietsstücke von geringfügigem Ausmaß, der aus praktischen Rücksichten für angezeigt gehalten wurde, erleidet die Reichsgrenze keinerlei Veränderung gegenüber dem Zustande der Grenze vor 1871, die durch den Versailler Vertrag wieder hergestellt worden ist.

Längs des Rheins nimmt der Vertrag die alte Eigentumsgränze auf, die vor 1871

neben der Hoheitsgrenze bestand, und bestimmt, daß die Grenzen der französischen Gemeinden, die auf dem rechten Rheinufer Gemeindegemeinden besitzen, nicht über die Hoheitsgrenze hinaus reichen. Andererseits legt der Vertrag die Rechte und Vergünstigungen fest, die diese Gemeinden bei der Bewirtschaftung ihres auf deutschem Gebiete gelegenen Grundbesitzes genießen sollen. Eine Reihe von Artikeln behandelt die Rheinbrücken, die nach dem Versailler Vertrag Eigentum des französischen Staates geworden sind. Bei den festen Rheinbrücken gilt die Hoheitsgrenze durch die Mitte der Gesamtlänge aller Hauptstromöffnungen. Bei den Schiffsbrücken verläuft sie in gleichem Abstand von den Außenrändern der auf beiden Ufern gelegenen Landeschwellen.

Der Grenzbevölkerung beider Länder wird besondere Erleichterung gewährt.

Die deutschen Reichsangehörigen, die auf französischem Gebiete in einer Zone von 5 Kilometer längs der Grenze land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz haben, werden am 1. November wieder in ihr Eigentumsrecht eingesetzt.

Der Wert des Sicherheitspastes

In einem Leitartikel schreibt „Daily News“: Der Wert des Paktes, wenn er irgendwelche Bedeutung haben solle, werde darin bestehen, daß endlich angemessene freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt würden. Dies sei das Ziel, das Stresemann gestellt werde. Das sei auch der einzige Grund, weshalb England überhaupt etwas mit einer Vereinbarung dieser Art zu tun haben wolle. Wenn es möglich sei, auf diese Weise diesen unerträglichen Streit zu beenden, so müsse es England unter allen Umständen tun.

„Daily News“ ist jedoch der Ansicht, daß die Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand dieses Ziel anscheinend überhaupt nicht im Auge gefaßt hätten. Sie hätten nicht die Freundschaft vorausgesetzt, sondern unbeschränkt fortgesetzten Argwohn und Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Tatsache sei, daß England nur wenig von sich aus tun könne, um die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, deren Befestigung der Pakt sein würde, zu fördern. Für die wirkliche Förderung der Paktspolitik, falls dies sein Ziel sei, hätte Briand nicht nach London, sondern nach Berlin gehen müssen.

Amerika und der Sicherheitspakt

Wenn auch Amerika offiziell an den Verhandlungen über den Sicherheitspakt nicht teilnimmt, so bringt es doch vielen Bemerkungen Interesse entgegen, und das amerikanische Staatsdepartement gibt auch zu, daß vom über die Londoner Besprechungen ein vertraulicher Bericht zugegangen ist. Nach englischen Blättern hat sich Amerika dabei nicht nur auf das Beobachtete beschränkt, sondern soll auch einen starken Druck ausüben haben, um das Zustandekommen eines gegenseitigen Sicherheitspaktes und nicht eines einseitigen zu ermöglichen. „Daily Telegraph“ weist auch zu berichten, daß Amerika „bis jetzt aber deutlich“ in Berlin wissen lassen werde, daß Deutschland in den Völkerbund ohne besondere Bedingungen eintreten müsse. Ob diese Informationen zutrifft, ist naturgemäß schwer festzustellen. Sicher ist aber, daß amerikanische Finanzkreise auch in Berlin haben wissen lassen, daß die Bewahrung von Ansehen nur bei dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes in Frage kommen könne. In Paris hat Amerika da-

für sehr nachdrücklich auf die französischen Schulden verwiesen. Die Politik entspricht durchaus dem, was wiederholt von amerikanischer Seite betont worden ist, daß nämlich nur ein betrieblotes Europa auf finanzielle Unterstützung Amerikas rechnen könne.

Briand regelt auch die Schuldenfrage

Die Londoner Besprechungen Briands haben, wie nunmehr feststeht, noch ein weiteres Ergebnis gehabt. Es ist dem französischen Außenminister gelungen, auch in der Frage der französischen Schulden an England eine Ueber-einstimmung zu erzielen, ohne daß sich im Augenblick sagen ließe, mit welchen Zugeständnissen Frankreich diese Regelung bezahlte. Von London aus wird bereits angefangen, daß französische Finanzsachverständige, in verhältnißmäßig hoher eigener Person, in Kürze in London eintreffen würden, um das von Briand vorgenommene Werk zum Abschluß zu bringen. Nach dem Quotidian soll England seine ursprüngliche Forderung von einer Jahresrate von 30 Millionen Pfund auf 15 Millionen Pfund herabgesetzt haben.

Aufhebung der polnischen Ausweisungen

Der polnische Innenminister hat heute durch dringendes Telegramm die polnischen Behörden in Posen und Pomerellen angewiesen, die Ausweisungen der deutschen Öpanien einzustellen. Nach Bekanntgabe dieser Verordnung durch die Abendblätter versammelten sich die Zentrumsbeordneten der Reichsparteien und entsandten eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, die die sofortige Aufhebung der Verordnung des Innenministers verlangte. Die Antwort des Innenministers steht noch aus. In den Reichstagen herrscht im Zusammenhang damit große Aufregung.

Damaskus von den Franzosen geräumt?

Die Lage in Syrien scheint sich für die Franzosen weiter zu verschlechtern, wenigstens weist Daily News zu berichten, daß die französischen Truppen aus Damaskus zurückgezogen seien. Sollte das zutreffen, so würde das einen starken Prellschuß für die Franzosen bedeuten. Die sich anscheinend auch in Syrien auf einen künftigen Feldzug gefaßt machen müssen.

Die innenpolitische Lage der Reichsregierung

Im Hinblick auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen hält man es in den maßgebenden politischen Kreisen für angebracht, die Tatsache hervorzuheben, daß das Reichskabinett Luther über eine gefestigte Position verfügt und alle parlamentarischen Vollmachten besitzt, um seine Entscheidungen in der Sicherheits- und Völkerbundsfrage zu treffen. Schon allein die Tatsache, daß sich das Parlament bis Mitte November vertagt hat, ist ein ausreichender Beweis des Vertrauens, das die Mehrheitsparteien in die Regierung setzen. Auch der Außenminister Dr. Stresemann verfügt über eine uneingeschränkte Handlungsfreiheit, denn der Versuch der Rechtsradikalen, ihn unter besondere Kontrolle des Reichskanzlers Dr. Luther zu stellen, kann als gescheitert angesehen werden. Wenn nunmehr im Verlaufe der nächsten Monate der Sicherheitspakt endgültig unter Dach und Fach gebracht werden sollte, so würde dies ein Ereignis sein, durch das die deutsche Politik auf lange Sicht hinaus festgelegt ist. Ein solches Problem kann selbstverständlich nur von einer Regierung gelöst werden, die sich auf Grund ihrer parlamentarischen Position in der Lage sieht, die entsprechenden Verpflichtungen des Sicherheitspaktes auf sich zu nehmen und sie als Erbschaft für spätere Regierungen zu überlassen, die durch die getroffenen Vereinbarungen völlig gebunden sein werden.

Aus dieser Sachlage geht ohne weiteres hervor, von welcher Tragweite die Blaufolienmacht ist, die die Mehrheitsparteien des Reichstages der Regierung Luther erteilt haben. Von maßgebender Seite der Reichsregierung erfahren wir, daß die Verantwortung, die jetzt auf der Regierung Luther liegt, den Reichskanzler dazu zwingen wird, in ständiger Fühlungnahme mit den Parteien zu bleiben und notwendigerfalls auch den Reichstag schon vor Mitte November einzuberufen, um seine Zustimmung zu den Entscheidungen des Kabinetts zu erhalten. Die Regierung würde daher von ihren Vollmachten nur soweit Gebrauch machen, als es sich darum handelt, auf diplomatischem Wege die Lösung des Sicherheitsproblems zu erzielen. Darüber hinaus muß unbedingt die Notwendigkeit eintreten, die Zustimmung des Parlaments einzuholen, wenn es gilt, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die letzten Kämpfe im Reichstag haben immerhin den einen Nutzen gebracht, eine hinreichende Klärung über das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit zu schaffen. Sämtliche bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, sind entschlossen, die parlamentarische Position des Reichskabinetts zu festigen und die Entscheidungen über den Sicherheitspakt, so wie sie die Regierung Luther fallen wird, zu sanktionieren. Die in der Opposition befindliche Minderheit verfügt nicht über den Einfluß, der notwendig wäre, um an dieser Tatsache etwas ändern zu können. Obwohl der linke Flügel der Zentrumspartei die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung mit schweren Bedenken beobachtet, wird die Mehrheit der Zentrumsfraktion nach wie vor die Politik des letzten Reichskabinetts sichern und zum mindesten solange in der Regierung verbleiben, bis die außenpolitische Situation völlig gereinigt sein wird. Die Deutschnationalen, denen man nachgesagt hat, daß sie den gegenwärtigen Kurs in der Außenpolitik, der auf den Abschluß eines Sicherheitspaktes und auf den Eintritt